



Presseschau vom 17.11.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Andreas Peter: Eiertanz ums Weiße Haus – In Deutschland (noch) undenkbar und rechtlich (eigentlich) unmöglich

Der erbitterte Streit um die Anerkennung des Wahlergebnisses für das Amt des 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika verwirrt und beunruhigt Beobachter in Deutschland gleichermaßen. In Deutschland scheinen Vorgänge wie die derzeitigen in den USA ausgeschlossen. Aber ist das wirklich so? ...

<https://sptnkne.ws/Evtz>

Liudmila Kotlyarova: Deutsche Propagandaangriffe auf östlichen Nachbar? – Experte widerspricht polnischen Geheimdiensten

Nicht nur Russland wirft der Sprecher des Koordinators der polnischen Geheimdienste, Stanisław Żaryn, „koordinierte“ Informationsangriffe auf Polen vor. Auch Deutschland greife angeblich Polen im Bereich der Geschichtspolitik an. Was soll das? Dr. Stefan Bollinger, Experte für die deutsch-polnische Geschichte, bringt den Ausfall auf den Punkt. ...

<https://sptnkne.ws/Ev8t>

Andrej Koz: „Bitte nicht dafür“ – Am Ende muss der Krieg in Bergkarabach weichen

Russische Friedenswächter haben bereits zwei Flüchtlingskolonnen durch den Latschin-Korridor nach Bergkarabach geleitet. Flüchtlinge, die vor einer drohenden Blockade ihrer

Stadt geflohen waren und nun allmählich wieder nach Stepanakert zurückkehren. Das Leben in der Hauptstadt der nicht-anerkannten Republik beginnt allmählich wieder. ...

<https://sptnkne.ws/EvAP>

Alexander Boos: Wahlversprechen einlösen zum Amtsende? – Trump will Truppen aus Afghanistan und Irak abziehen

Der amtierende US-Präsident Donald Trump will Medien zufolge noch bis Ende Januar den bereits lange angekündigten Abzug der US-Truppen aus Afghanistan und dem Irak weiter vorantreiben. Republikaner kritisieren die Pläne. „CNN“ und „New York Times“ berichten, dass angeblich die Entlassung von Ex-Verteidigungsminister Mark Esper damit zusammenhängt. ...

<https://sptnkne.ws/EvCF>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Weltweit stärkster Eisbrecher „Arktika“ auf erster Fahrt via Nordostpassage

Der kernkraftgetriebene Eisbrecher „Arktika“ – das leistungsstärkste Schiff dieser Art in der Welt – unternimmt seine erste Fahrt via Nordostpassage entlang der arktischen Küste Russlands. Das teilte die zur Kernenergiegesellschaft Rosatom gehörende Reederei Atomflot am Montag mit.

Am gleichen Tag sei die „Arktika“ aus dem Hafen von Murmansk auf der Kola-Halbinsel zu ihrer ersten längeren Testfahrt durch arktisches Eis ausgelaufen – mit Kurs auf die Karasee.

Zweite Nordostpassage-Fahrt Ende Dezember

„Der Einsatz des Eisbrechers im Einzugsgebiet der Nordostpassage dauert bis Mitte Dezember. In diesen drei Wochen wird die ‚Arktika‘ ihre (eisgängigen) Eigenschaften unter Beweis stellen... Das ist ein ganz normaler Hergang bei der Inbetriebnahme eines beliebigen Schiffes“, wurde Atomflot-Schiffahrtsschiffdirektor Leonid Irliza in der Mitteilung zitiert. Danach kehre der Atomeisbrecher nach Murmansk zurück, wo er betankt und sein Vorrat an Lebensmitteln und sonstigem notwendigem Material aufgefüllt werde. Für Ende Dezember sei eine zweite Fahrt in die Region geplant: Die gesamte Winter-Frühjahr-Navigation 2020/2021 werde der Eisbrecher an der Nordostpassage verbringen, hieß es.

Eisbrecher-Projekt 22220

Die Atomeisbrecher des Projekts 22220 zählen weltweit zu den leistungsstärksten Schiffen ihrer Klasse und können Eis mit einer Stärke von bis zu drei Metern durchbrechen. Derartige Schiffe sind unabdingbar, um die Vorherrschaft Russlands in der Arktis zu sichern und den Weg für Tanker von Öl- und Gasfeldern der Halbinseln Gydan und Jamal sowie vom Festlandsockel der Karasee zu Bestimmungshäfen in Asien freizulegen.

Bis 2035 sollen in Russland fünf Schiffe dieses Projekts gebaut werden. Das Flaggschiff „Arktika“ gehört seit dem 21. Oktober dieses Jahres der kernkraftgetriebenen Eisbrecherflotte Russlands an.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/10/328403921_11:88:3072:1744_1000x080_0_1_61a2da39d957a1c54891e063a9bb4edd.jpg

dnr-sckk.ru: Die OSZE-Mission hat Daten veröffentlicht, die die Schuld der Ukraine am Tod von Einwohnern des Donbass bestätigen

Im April 2020 hat die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess eine vergleichende Statistik und Analyse der Tendenzen in den Berichten der Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte und der OSZE-Mission in Bezug auf die Situation mit den Opfern des militärischen Konflikts im Donbass veröffentlicht. Die DVR im GZKK hat ihre äußerste Beunruhigung im Zusammenhang damit geäußert, dass die von der OSZE-Mission vorgelegten Daten nicht die reale Situation bezüglich Verletzter an der Kontaktlinie zum Ausdruck bringt, unklar und unvollständig im Vergleich mit den Daten des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte und der DVR im GZKK ist.

Mehrfache offizielle Briefe an die Mission mit der Bitte, detailliert, strukturiert und umfassend in ihren Berichten die Daten über verletzte Zivilisten im Verlauf des militärischen Konflikts im Donbass zum Ausdruck zu bringen, haben nicht das erwünschte Ergebnis erbracht. Erst nach der Veröffentlichung des oben genannten analytischen Materials mit einem öffentlichen Aufruf an die Mission, maximal die Erfassung und Veröffentlichung der Daten zu Opfern unter der Zivilbevölkerung entsprechend der grundlegenden Prinzipien der OSZE zu intensivieren, wurde ein thematischer Bericht der OSZE-Mission über die Opfer unter der Zivilbevölkerung während des militärischen Konflikts im Donbass im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis 15. September 2020 veröffentlicht.

Nach den Daten der Mission wurden auf beiden Seiten der Kontaktlinie im Berichtszeitraum **946 Zivilisten zu Opfern, davon starben 161**. Dabei sind bei den 41 Mitteilungen über Opfer im Jahr 2020 unter der Zivilbevölkerung noch Präzisierungen notwendig.

Im Bericht wird angegeben, dass seit 2017 eine Verringerung der Eskalation an der Kontaktlinie, die zu Opfern unter der Bevölkerung geführt hat, festzustellen ist. Während 2017 insgesamt 87 Zivilisten starben und 399 unterschiedlich schwer verletzt wurden, so waren es 2020 12 Tote und 62 Verletzte.

Zweifellos ist die Tatsache, dass die Todesfälle unter der Zivilbevölkerung abgenommen haben, offensichtlich, aber in sechs Jahren nicht endender Versuche einer friedlichen Regelung des Konflikts ist das Leben der Zivilbevölkerung dennoch durch Beschuss gefährdet, was nicht hinnehmbar ist, unter anderem auch vom Blickpunkt des internationalen humanitären Rechts.

Ein deutlicher Beweis dafür, dass die ukrainische Armee das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet, wodurch Zivilisten sterben und verletzt werden, sind folgende Daten aus dem Bericht der Mission:

„Doppelt so viele Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden in den nicht von der

Regierung kontrollierten Bezirken (657) im Vergleich zu den von der Regierung kontrollierten Bezirken (270) registriert.**

Es ist festzustellen, dass darunter 514 Fälle auf das Territorium der DVR kommen, was 78,1% der Gesamtzahl der Betroffenen auf dem Territorium der beiden Republiken im Berichtszeitraum sind. Auf dem Territorium der Lugansker Volksrepublik wurden 144 Opfer der militärischen Aggression der Ukraine erfasst, was 22% der Gesamtzahl sind.

Außerdem wurden 19 Zivilisten in Bezirken, die von keiner der beiden Seiten kontrolliert werden, verletzt.

In dem Bericht ist angegeben, dass die überwiegende Zahl der Toten und Verletzten auf die Oblast Donezk kommt, 750 Fälle, und 196 auf die Oblast Lugansk, was 79,3% bzw. 20,7% der Gesamtzahl ausmacht.

Nach Angaben der Mission hängt die überwiegende Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung mit **Beschuss mit schweren Waffen zusammen (518, darunter 66 Tote)**. Die zweite Hauptursache der Opfer unter der Zivilbevölkerung sind **Minen, nicht detonierte Geschosse und nachlässiger Umgang mit anderen Sprengeinrichtungen, die zu 312 der Opfer unter der Zivilbevölkerung führten (81 Tote)**. **Opfer von Beschuss mit Schusswaffen und leichten Waffen wurden 107 Personen (11 starben)**.

Insgesamt starben durch Beschuss mit Schusswaffen, leichten und schweren Waffen in dem genannten Zeitraum 77 Menschen und 548 wurden verletzt. **Davon waren 459 Personen in den nicht von der Regierung kontrollierten Bezirken betroffen (83,8% von der Gesamtzahl der durch Beschuss Betroffenen), 157 in den von der Regierung kontrollierten Bezirken (28,6%) und 9 (1,6%) in den Bezirken, die von keiner der beiden Seiten kontrolliert werden.**

Die Mission bestätigte auch die Informationen über neun Opfer unter der Zivilbevölkerung infolge von Verkehrsunfällen unter Beteiligung von Militärtechnik in der Konfliktzone. Besonders unterstreichen wir, dass nach Angaben der OSZE-Mission vom 1. Januar 2017 bis 15. September 2020 von den Folgen des militärischen Konflikts **100 Kinder betroffen waren, darunter 43 idurch Beschuss mit schweren Waffen, weitere drei wurden durch Feuer mit Schusswaffen oder leichten Waffen verletzt.**

Die oben angeführte Statistik der OSZE-Mission zeugt davon, dass die überwiegende Zahl der Toten und Verletzten und der Zivilbevölkerung gerade auf die Territorien der Donezker und Lugansker Volksrepublik entfällt.

So ist dieser Bericht ein Beweis, dass die Ukraine den Maßnahmenkomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen bezüglich seiner ersten zwei Hauptpunkte – eine allumfassende Feuereinstellung und ein Abzug von Technik und Waffen von der Kontaktlinie auf für die konkreten Waffenarten angegebenen Abstände – ignoriert.

Außerdem dementiert der veröffentlichte Bericht der internationalen OSZE-Mission die populistischen Erklärungen der Führung der Ukraine, dass die BFU keine verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers auf die Zivilbevölkerung, Häuser und zivile Infrastruktur des Donbass erhalten.

Die oben angeführte Statistik ist auch ein Beweis für die internationale Gemeinschaft, in deren Augen die Ukraine ein „Opfer eines bewaffneten Aggressors“ ist, die durch „Terroristen“ im Osten des Landes leidet. Die Daten der Mission demonstrieren, wer tatsächlich der Aggressor in dem militärischen Konflikt im Donbass ist.

* die Daten der OSZE-Mission umfassen das gesamte Territorium des Donbass, das nicht von den Republiken kontrolliert wird, wo die Mission regelmäßig Fälle von nachlässigem Umgang mit Sprengeinrichtungen registriert, was zu Tod und Verletzung führt, die in der Gesamtstatistik auch als „in der von der Regierung kontrollierten Bezirken“ angegeben sind.

Mit Blick auf die Spannungen in der Ägäis will Athen nach Informationen der griechischen Zeitung „Proto Thema“ seine Streitkräfte mit mehreren Tarnkappen-Kampfflugzeugen F-35 verstärken. Es soll sich um 18 bis 24 Kampffjets handeln. Eine entsprechende Anfrage soll bereits in Washington vorliegen.

Wie das Blatt berichtete, hat sich das griechische Verteidigungsministerium Anfang November diesbezüglich an die US-Regierung gewandt.

„Die Entscheidung über den Einstieg von Griechenland in das Joint Strike Fighter-Programm wird auf einer Vielzahl von Faktoren beruhen – darunter das Beschaffungsprogramm der Kampffjets, Zahlungsplan, Konfiguration der Flugzeuge und eventuell der Erwerb von 18 bis 24 Flugzeugen (neue oder solche, die bereits von US-Luftstreitkräften eingesetzt worden sind)“, heißt es in dem Schreiben an Washington.

Ferner bat das Verteidigungsministerium um eine unverzügliche Antwort. „Aufgrund von inneren finanziellen Vereinbarungen und anderen geltenden Regelungen im Rahmen des Budgets und der EU-Forderungen (...) ist es äußerst wichtig, dass die ersten F-35 im Jahr 2021 geliefert werden. Von unserer Seite aus werden wir alles Mögliche tun, um die Umsetzung dieses ambitionierten Programms zu ermöglichen“, heißt es in dem Schreiben laut Proto Thema. Athen lud ferner Vertreter der USA zu Verhandlungen nach Griechenland ein. Angaben zum Erwerb von F-35 hat der griechische Regierungssprecher Stelios Petsas am Montag in einem Briefing nicht bestätigt. Er verwies lediglich auf eine Rede des griechischen Ministerpräsidenten vom September, wonach Griechenland sein Verteidigungspotenzial mittels neuer Rüstungsprogramme verstärken will. „Wir werden eine entsprechende Erklärung abgegeben, sofern wir eine Einigung auf diesem Gebiet erzielen“, fügte Petsas hinzu.

Spannungen in der Ägäis

Zuvor beschloss der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis den Kauf von 18 französischen Mehrzweckkampfflugzeugen Rafale, von denen sechs neu und zwölf bereits im Einsatz gewesen sein sollen. Mit der Beschaffung zusätzlicher Kampfflugzeuge wolle Athen das Kräfteverhältnis in der Ägäis zu seinen Gunsten verändern, argumentiert das Blatt. Die von der Türkei erworbenen russischen Flugabwehrsysteme S-400 könnten den griechischen Luftstreitkräften künftig Schwierigkeiten bereiten, heißt es weiter. Die Tarnkappen-Kampffjets F-35 wie auch die Mehrzweckkampfflugzeuge Rafale wären diesbezüglich das richtige Mittel, um der Türkei Einhalt zu gebieten. Ab Anfang 2021 soll monatlich je ein Kampffjet geliefert werden. Dabei soll es sich zunächst um die gebrauchten Kampfflugzeuge handeln.

Griechenland und die Türkei streiten sich seit Langem um Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer. Die Erkundungen sind aus Athener Sicht illegal, weil die Region zur sogenannten Ausschließlichen Wirtschaftszone des EU-Landes gehört. Ankara hingegen vertritt den Standpunkt, dass die Gewässer, in denen probeweise nach Erdgas gebohrt wird, zum türkischen Festlandsockel gehören. Der Streit sorgt auch aus militärischer Sicht für Spannungen: Beide Länder führten im vergangenen Sommer Manöver in dem besagten Gebiet durch.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32723/93/327239393_0:173:1001:714_1000x0_80_0_1_ded2133f1545007d4b3cd5553a2c94d4.jpg

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Erklärung der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa

Kiew ist nur an lautstarken und pathetischen Erklärungen interessiert, aber nicht an realen Schritten zum Frieden.

Auf der Sitzung der Kontaktgruppe am 11. November hat die ukrainische Seite auf der Durchführung eines außerordentlichen Treffens der politischen Gruppe bestanden, und dann noch aktiv Reklame für diesen ihren Aufruf in den Massenmedien betrieben. Aber sobald wir anmerkten, dass eine konstruktive Arbeit nur in dem Fall möglich ist, dass konkrete Materialien für die Erörterung vorgelegt werden, verlosch der Enthusiasmus Kiews sofort, und es ware keinerlei Bestätigung einer Bereitschaft zu einem solchen Treffen von Seiten der Ukraine zu hören. Insbesondere hat Kiew auch keine schriftlichen Anmerkungen zu unserem Entwurf eines Fahrplans vorgelegt, obwohl die Republiken ihrerseits in kürzester Zeit eine detaillierte Analyse des erwidernenden Papiers der Ukraine auf unser Dokument vorgelegt hat. So war es der Ukraine im Grunde nur wichtig, ihren von der Realität entfernten Entwurf einzubringen, aber Kiew hat nicht vor, irgendeine produktive gemeinsame Arbeit an dem Fahrplan nach paritätischen Prinzipien durchzuführen.

Das ist für die ukrainischen Vertreter in Minsk ein vollständig typisches Muster: Sie interessieren sich für laute und pathetische Erklärungen, aber sobald es um reale Schritte geht, zieht Kiew es vor einfach zu „vergessen“, dass es nicht reicht, irgendeine Idee vorzubringen. An dieser muss gearbeitet werden, eine schriftliche Position eingebracht werden, die für eine Analyse notwendigen Dokumente usw. Es ist offensichtlich, dass es für die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer weitaus bequemer ist, vorsätzlich eine konstruktive Aktivität bei den weiteren Sitzung sowohl in der politischen als auch in den anderen Gruppen zu sabotieren, denn dann kann man ein solches für Kiew günstige Bild schaffen, wie der Aufruf, eine außerordentliches Treffen zu organisieren.

Dennoch, es ist nicht möglich, sich unendlich mit Demagogie zu befassen, um so mehr, als die Ukraine zu einer solchen Rhetorik so oft greift, dass ihr schon kaum noch einer glaubt. Es ist Zeit, dass die ukrainischen Vertreter begreifen, dass ihre in den Medien gespielten thematischen Spektakel über eine angebliche Unterstützung der Minsker Vereinbarungen nicht wert ist ohne reale, sachbezogene Handlungen zur Bestätigung ihrer Verpflichtungen und deren Umsetzung. Deshalb empfehlen wir Kiew entweder eine konstruktive gemeinsame Arbeit mit den Republiken an einem weiteren Handlungsplan zu Realisierung des Maßnahmekomplexes zu beginnen oder offiziell ihre Unfähigkeit, dieses Dokument umzusetzen, zuzugeben.

de.sputniknews.com: **Netanjahu spricht mit Putin über möglichen Kauf von „Sputnik V“**

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu und der russische Präsident Wladimir Putin haben am Montag nach Angaben des Kreml-Presseedienstes über die mögliche Lieferung des russischen Impfstoffs „Sputnik V“ nach Israel gesprochen.

In einem Telefonat am Montag haben Putin und Netanjahu die Kooperations-Perspektiven in Bezug auf den russischen Impfstoff und den Kampf gegen das Coronavirus erörtert, teilte der Kreml-Presseedienst mit. Außerdem haben sie über die möglichen Lieferungen von „Sputnik V“ nach Israel diskutiert.

„Vor einer Stunde habe ich mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über die Möglichkeit gesprochen, den Corona-Impfstoff ‚Sputnik V‘ zu bestellen. Wir werden dies in den kommenden Tagen besprechen“, sagte Netanjahu in einer Pressekonferenz.

Israel habe bereits im Sommer mit dem US-amerikanischen Biotechnologieunternehmen „Moderna“ ein Abkommen über den Erwerb künftiger Impfstoffe geschlossen und sei damit „eines der ersten Länder, die den Impfstoff von ‚Moderna‘ bekommen wird“, betonte Israels Regierungschef. Er will nach eigenen Angaben „möglichst viele Impfstoffe“ aus „möglichst vielen Orten“ bestellen.

Netanjahu teilte am vergangenen Freitag mit, Israel sei dabei, einen Vertrag mit dem US-Unternehmen „Pfizer“ über den Kauf von vier Millionen Impfstoff-Dosen zu unterzeichnen. Außerdem entwickle das Land derzeit einen eigenen Impfstoff, betonte Israels Ministerpräsident.

Am 1. November hat Israel die klinischen Tests seines eigenen Impfstoffs gegen das Coronavirus begonnen. Die Tests sollen in drei Phasen durchgeführt werden, die letzte ist für April bis Mai geplant.

Zuvor hatte das medizinische Zentrum „Hadassah“ in Jerusalem seine Absicht bekundet, 1,5 Millionen Dosen des russischen Impfstoffs gegen das Coronavirus zu bestellen. Das Zentrum warte derzeit auf die Genehmigung durch das Gesundheitsministerium des Landes. Wenn das israelische Gesundheitsministerium keine Erlaubnis erteilen werde, den Impfstoff im Land zu verwenden, soll er in anderen Filialen des Zentrums im Ausland eingesetzt werden.

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 16. November 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **Start von Vega-Trägerrakete in Kourou – Mission gescheitert**

Die Trägerrakete Vega mit zwei Forschungssatelliten, die am Dienstag vom Weltraumbahnhof Kourou in Französisch-Guayana (Südamerika) startete, ist von der Flugbahn abgekommen.

Die Mission ist laut der Pressemitteilung von Arianespace gescheitert.

Die Rakete kam demnach acht Minuten nach ihrem Start vom Kurs ab. Derzeit werden Telemetrie-Angaben analysiert, um die Fehlerursache festzustellen.

Die Rakete sollte zwei Satelliten in den Orbit bringen: SEOSAT-Ingenio im Auftrag der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) und des Zentrums für die Entwicklung industrieller Technologien (CDTI) sowie TARANIS im Auftrag des Nationalen Zentrums für Weltraumforschung Frankreichs (CNES).

Das Raumfahrtzentrum Guayana bei Kourou in Französisch-Guayana ist ein Weltraumbahnhof, von dem seit 1979 die Ariane-Raketen des europäischen Raumtransportunternehmens Arianespace starten. Es gibt auch Startanlagen für Sojus- und Vega-Raketen.

Der jüngste misslungene Raketentest war der 17. und zweite gescheiterte in der achtjährigen Geschichte der Vega-Starts.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/31852/47/318524799_345:634:3478:2327_1000x080_0_1_13f18030086d09b9f41622c701c363c3.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 16. November 3:00 Uhr bis 17. November 3:00 Uhr
Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.
Um 10:15 Uhr wurde die Durchführung technischer Arbeiten im Gebiet von Peski registriert. In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.sputniknews.com: **Trump erwog Militärschlag gegen iranische Nuklearanlagen – Zeitung**

US-Präsident Donald Trump hat wohl vorgehabt, gegen Atomanlagen des Iran vorzugehen, um dessen Atomprogramm zu stoppen. Am 12. November ließ er sich nach Angaben der Zeitung „The New York Times“ diesbezüglich von seinen hochrangigen Beratern konsultieren.

Wie die Zeitung unter Berufung auf US-Beamte berichtet, haben Trumps Berater, darunter Vizepräsident Mike Pence und Außenminister Mike Pompeo, ihn davon abgehalten, einen Militärschlag zu unternehmen. Sie warnten Trump davor, dass ein Schlag gegen die iranischen Einrichtungen in den letzten Wochen seiner Präsidentschaft leicht zu einem größeren Konflikt führen könnte.

Hintergrund der Pläne Trumps gegen den Iran soll eine Information von Inspektoren gewesen sein, die laut der Zeitung einen bedeutenden Anstieg des Bestands von Nuklearmaterial im Iran gemeldet hatten.

Wie die Zeitung weiter schreibt, würde jeder Schritt gegen den Iran, sei es ein Cyberangriff oder ein Raketenschlag, sich fast zu 100 Prozent gegen die iranische Atomanlage in Natans richten.

Das US-Portal Axios hatte zuvor berichtet, dass Trumps Administration gemeinsam mit Israel und den Ländern des Persischen Golfes eine Reihe neuer Sanktionen gegen den Iran verabschieden will, bevor Joe Biden das Präsidentenamt im Januar antritt.

Lug-info.com: In der LVR sind am 16. November um 9:00 Uhr 1694 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 1438 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen

entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 126 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Wegen Zeitplanung: Erdogan kann sich nicht mit Pompeo treffen**

Ein hochrangiger Beamter des US-Außenministeriums hat erklärt, warum sich Außenminister Mike Pompeo bei seinem Besuch in der Türkei nicht mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan treffen soll.

Ihm zufolge wünschten sich die beiden Seiten, dass das Treffen stattfindet:

„Sowohl der US-Außenminister als auch türkische Beamte, darunter Außenminister (Mevlüt Cavusoglu und, glaube ich, auch Präsident (Recep Tayyip) Erdogan, wünschten sich, dass dies zustande kommt. Im Ergebnis ist es nicht zustande gekommen“, äußerte er bei einem Briefing in Istanbul.

Allerdings habe das Treffen wegen eines Terminkonflikts ausfallen müssen.

„Letzten Endes hat es nicht geklappt, weil sich der Zeitplan von Präsident Erdogan geändert hat und das hat es unmöglich gemacht, die Parameter einzuhalten, die wir von Anfang an für den Besuch des Außenministers selbst festgelegt hatten“, äußerte der Sprecher des Außenministeriums.

Er selbst messe dem Vorfall keine politische Bedeutung bei:

„Es gab Momente, in denen wir dachten, es könnte und würde (stattfinden – Anm. d. Red.), aber dann sagten uns die Türken, dass sich der Zeitplan von Präsident Erdogan selbst geändert habe. Und ich schreibe dem überhaupt keine politische Botschaft zu. Es war buchstäblich eine Frage der Zeitplanung aus der Sicht des Außenministers und eine Frage der Zeitplanung aus der Sicht von Präsident Erdogan und seiner eigenen Reisen“.

Der Beamte wurde unter anderem nachdrücklich gefragt, was den türkischen Staatschef gekränkt haben könnte. Es gebe Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Ankara, räumte er ein. In diesem Fall komme es lediglich auf den Zeitplan des türkischen Staatschefs an.

„Ich glaube nicht, dass die türkischen Behörden (...) das Gefühl haben, weggestoßen zu werden. Letztendlich war es eine Frage des Zeitplans“. Die Türken wüssten ganz gut, welche Ansichten die US-Regierung habe, zu Fragen, in denen die Vorstellungen der beiden Länder nicht übereinstimmen würden, sagte er.

Solche Meinungsverschiedenheiten gebe es bei Einschätzungen der Lage in einer Reihe von Regionen, darunter das östliche Mittelmeer, Libyen und Syrien, präzisierte der Sprecher des US-Außenministeriums.

Pompeo ist am Montagabend in Istanbul eingetroffen, um den Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I. von Konstantinopel am Dienstag zu treffen. Ein Besuch in der türkischen Hauptstadt Ankara ist in seinem Terminplan nicht vorgesehen.

Die Beziehungen der Türkei zu den USA hatten sich im Zusammenhang mit Lieferungen der modernsten russischen Flugabwehr-Raketensysteme S-400 zugespitzt.

Washington forderte Ankara auf, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen und im Gegenzug amerikanische Systeme „Patriot“ zu kaufen. Die USA drohten, den Verkauf der neuesten Kampfflugzeuge F-35 an die Türkei zu verzögern oder zu stornieren sowie Sanktionen gemäß dem sogenannten Gesetz zur Bekämpfung der Gegner Amerikas (CAATSA) zu verhängen. Ankara weigerte sich, Zugeständnisse zu machen, und setzte die Verhandlungen über eine weitere Lieferung von S-400-Systemen fort.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/11/328405156_0:0:3076:1665_1000x0_80_0_1_7c37756ade3d159d971608c38b23f6f8.jpg

мздр.рус: Am 16. November wurden in der DVR 675 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 141 positiv, 10 Patienten erhielten aufgrund klinischer Symptome die Diagnose COVID-19.

Am 17. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 9110 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4043 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 4237 als gesund entlassen, es gibt 830 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 64 Personen als gesund entlassen.

Außerdem gab es 18 Todesfälle – Männer im Alter von 53 bis 80 Jahren und Frauen im Alter von 58 bis 84 Jahren

In den letzten 24 Stunden wurden 121 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 60 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 91 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1961 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 514 mit Sauerstoffunterstützung (+23 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: **Moskau an Wiederherstellung gegenseitigen respektvollen Dialogs mit Berlin interessiert – Lawrow**

Russland ist daran interessiert, einen gegenseitigen respektvollen Dialog mit Deutschland wiederherzustellen. Die Zeit der Spannungen in den Beziehungen kann und muss überwunden werden, erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow.

„Wir sind davon überzeugt, dass die Verbesserung der Situation in europäischen Maßstäben zur Wiederherstellung eines gegenseitigen respektvollen, gutnachbarlichen Dialogs zwischen Moskau und Berlin beitragen würde. Wir sind aufrichtig daran interessiert“, sagte Lawrow am Dienstag in seiner Video-Ansprache an die Organisatoren und Teilnehmer des Forums „Die Potsdamer Begegnungen“.

„Wir gehen davon aus, dass die Zeit der Spannungen in unseren bilateralen Beziehungen überwunden werden kann und muss. Vertreter unserer Zivilgesellschaften, der russisch-deutschen gesellschaftlichen Dialogplattformen können ihren Beitrag zu diesen Bemühungen leisten“, betonte er.

Darunter nannte der Chefdiplomat „Die Potsdamer Begegnungen“, die ihm zufolge stets den Teilnehmern die Möglichkeit bieten, offen, informell und freundschaftlich nicht nur perspektivische, sondern auch akute und komplexe Fragen der aktuellen bilateralen Agenda zu diskutieren.

Zudem verwies Lawrow darauf, dass in Berlin der Kurs auf die Zügelung Russlands verstärkt

würde. Vorwürfe dauerten an, Ultimaten und Drohungen würden für Deutschland alltäglich. „Auch das groß angelegte Potenzial der russisch-deutschen Beziehungen bleibt unrealisiert. In Berlin wird der Kurs auf die Zügelung Russlands verstärkt – andauernde Vorwürfe, Ultimaten und Drohungen an unsere Adresse werden zum alltäglichen Instrumentarium der Außenpolitik der BRD“, betonte Lawrow.

Zuvor hatte der Außenminister erklärt, dass Russland bereits Gegensanktionen gegenüber einer Reihe von Vertretern Deutschlands und Frankreichs im Zusammenhang mit der Situation mit Alexej Nawalny beschlossen habe und seine europäischen Partner demnächst darüber benachrichtigen werde. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/11/328405573_0:6:2775:1507_1000x0_80_0_1_5ef0bfa13692dc231e6ae4a65cf353a9.jpg

Lug-info.com: Erklärung des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen und Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego

Wie zu erwarten war, haben sich alle Gespräche und Versprechungen der Delegation der Ukraine in der Kontaktgruppe wieder als unhaltbar erwiesen.

Wir haben von der ukrainischen Delegation eine gewisse reale Aktivität im Rahmen einer sachbezogenen, nicht einer gespielten Arbeit erwartet – bei jeder günstigen Gelegenheit vergisst die ukrainische Delegation nicht das Mantra zu wiederholen: „Intensivierung, Arbeit 24/7“. Bei der letzten Sitzung forderten die Vertreter Kiews buchstäblich, eine außerordentliche Sitzung der politischen Untergruppe zur Erörterung der Entwürfe der Fahrpläne zur Regelung des Konflikts der Republiken und der Ukraine anzusetzen. Dabei wurde eine Vereinbarung erzielt, dass das Ergebnisdokument vollständig den Minsker Vereinbarungen entsprechen muss. Ausgehend davon, dass die Arbeit sachbezogen sein soll, äußerten wir die Bereitschaft ein außerordentliches Treffen der politischen Untergruppe durchzuführen, sobald es ein Objekt zur Erreichung eines effektiven Ergebnisses einer solchen Sitzung gibt. Solch ein Objekt könnten schriftliche Anmerkungen der Seiten zur den jeweiligen Entwürfen sein, auf deren Grundlage es möglich wäre, sachbezogen vorhandene Differenzen zu beseitigen. Im Fall der Einsendung solcher Anmerkungen waren wir bereit, das vorgeschlagene außerordentliche Treffen innerhalb eines Tages durchzuführen – sofort nach Erhalt der Kommentare der Ukraine. Weil die Delegation der Ukraine die Sitzung für den 17. November vorschlug, sagten wir, dass wir Anmerkungen der Ukraine zu unserem Entwurf bis Montag erwarten. Einwände gab es nicht. Aber das Wunder geschah nicht. Jetzt ist Dienstagmorgen und die versprochenen Anmerkungen oder einen Entwurf von der ukrainischen Seite, der den Minsker Vereinbarungen entspricht, hat niemand gesehen. Ich erinnere daran, dass unsere schriftlichen Anmerkungen zum Entwurf der Ukraine mit Angabe konkreter Punkte, in denen der ukrainische „Handlungsplan“ den Minsker Vereinbarungen

widerspricht, bereits am Mittwochmorgen, am 11. November, an die Kontaktgruppe gesandt wurden und vor der Sitzung an die Mitglieder verteilt worden waren.

So gibt es zur Behandlung nur unseren Entwurf eines Fahrplans, der vollständig den Minsker Vereinbarungen entspricht und zu dem wir seit mehr als einem Monat Kommentare erwarten, seit er abgeschickt wurde. Die ukrainische Delegation bei den Minsker Verhandlungen muss begreifen, dass keiner ihrer Versuche einer Imitation das gewünschte Ergebnis bringen kann. Im Grunde unterstreicht dieses ganze ukrainische Durcheinander bei den Versuchen, eine eifrige Aktivität „24/7“ zu imitieren, immer offener die Realität der Pläne B und C (und so weiter im Alphabet, was charakteristisch nicht das kyrillische ist), die auf dem Wunsch gegründet sind, den Konflikt gewaltsam zu lösen. Aber die ukrainischen Adepten des Kriegs dürfen nicht die Umstände vergessen, unter den der Maßnahmekomplex unterschrieben wurde... Der Donbass hat deutlich seinen Willen zur Selbstbestimmung gezeigt und wird niemals auf eine Kapitulation eingehen. Höchstens auf die Kompromisse, die durch die Unterschriften in den Minsker Vereinbarungen festgelegt sind.

de.sputniknews.com: **Keine Revision von Bergkarabach-Erklärung zulassen: Moskau wird alle Anstrengungen unternehmen**

Moskau wird alle Anstrengungen unternehmen, um keine Überprüfung der Erklärung Russlands, Armeniens und Aserbaidschans zu Bergkarabach zuzulassen. Dies erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow.

„Derzeit sehen wir keine Versuche, jene Erklärung umzuschreiben und einer Revision zu unterziehen, die publik gemacht worden ist (...) Wir werden alles tun, damit solche Versuche nicht erfolgen“, sagte Lawrow am Dienstag.

Ferner äußerte Lawrow, Moskau rechne damit, dass sich die UN-Strukturen nach dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz an die Lösung der humanitären Probleme in Karabach anschließen würden.

„Ich meine den Hohen Flüchtlingskommissar, das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten und natürlich gibt es in Bergkarabach auch akute Aufgaben für die Bewahrung von Kulturerbe. Und hier könnte die Unesco ihre Rolle spielen.“

Russlands Außenminister verwies darauf, dass das IKRK seit langem in der Region präsent sei und seine Erfahrung für andere Organisationen nützlich sein könnte. „Ich denke, dass die Einstellung von Kampfhandlungen aufgrund dieser Vereinbarungen zusätzliche Möglichkeiten für die Tätigkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz eröffnet, das sowohl in Armenien, als auch Aserbaidschan, mitsamt Bergkarabach präsent ist.“ Das IKRK könne eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Folgen vom Geschehen in Bergkarabach spielen.

Unter anderem kommentierte Lawrow die jüngsten Aussagen eines hochrangigen Sprechers des amerikanischen Außenministeriums, wonach die USA und Frankreich Details zur Rolle der Türkei um den Karabach-Konflikt erwarte.

„Für mich war es seltsam, das zu hören (...) Ehrlich gesagt, denke ich, dass Erklärungen solcher Art entweder einen mangelnden Kenntnisstand jener, die solche Erklärungen machen, widerspiegeln, oder ein Ergebnis von Missverständnissen sind“, erläuterte Lawrow vor Journalisten.

Er versicherte dabei, dass die amerikanische Seite über alles auf Ebene der US-Vize-Außenminister informiert sei, da US-Außenminister Mike Pompeo sich derzeit auf einer langfristigen Auslandsreise befindet.

Darüber hinaus habe Russland von Anfang an eng mit Co-Vorsitzenden der Minsker Gruppe, in der auch die USA vertreten sind, zusammengearbeitet, so Lawrow.

Laut seinen Worten wurde in den letzten zehn Tagen das Karabach-Thema zweimal von den Präsidenten Russlands und Frankreichs ausführlich behandelt; auch sprach Lawrow etwa zwei Stunden lang mit seinem französischen Amtskollegen darüber. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/0e/328395420_0:368:2917:1946_1000x0_80_0_1_c44c52d70ef36d2bd6ab677afd92567a.jpg

mid.ru: Kommentar der offiziellen Vertreterin des Außenministeriums Russlands M.W. Sacharowa im Zusammenhang mit der französisch-deutschen Erklärung zur Regelung des Konflikts im Donbass

Vor einigen Tagen haben die Außenministerien Deutschlands und Frankreichs eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie die Umsetzung der Entscheidungen des Gipfels des „Normandie-Formats“ durch Kiew am 9. Dezember 2019 hoch eingeschätzt haben. Sie unterstrichen insbesondere, dass die Ukraine angeblich Bedingungen für eine Verbesserung der Situation an den Passierpunkten an der Kontaktlinie bis zum Wintereinbruch und zur Erleichterung der Lage der Menschen im Osten der Ukraine geschaffen habe. Eine solcher willkürlicher Umgang mit Tatsachen muss Verwunderung hervorrufen. Berlin und Paris ist gut bekannt, dass die gleichzeitige Öffnung der Kontroll- und Passierpunkte „Solotoje“ und „Stschastje“ an der Kontaktlinie, die für den 10. November geplant war, durch die Ukraine zum Scheitern gebracht wurde.

Entsprechend den zwischen der Ukraine und Lugansk vereinbarten Parametern sah die Nutzung des KPP „Stschastje“ ausschließlich für den Autoverkehr vor, einschließlich humanitärer Konvois. Aber die ukrainische Regierung nahm unmittelbar vor der Inbetriebnahme dieses Passierpunkts von diesen Vereinbarungen Abstand und öffnete am 10. Januar d.J. den genannten KPP einseitig als „Fußgängerpassierpunkt“, offensichtlich wissend, dass Lugansk zu einem solchen Format des Betriebs technisch nicht bereit ist.

Es ist nicht verwunderlich, dass Lugansk dies als Provokation auffasste. Die Kiewer Regierung spielte zynisch mit dem Wunsch einfacher Menschen, nach Hause zurückzukehren und sich mit Verwandten zu treffen und verdamnte sie zu sinnlosem Warten an der Kontaktlinie.

Trotz der zahlreichen Aufrufe, Details der zuvor vereinbarten Busverbindung über den KPP „Solotoje“ zu besprechen, entzog sich Kiew dieser Arbeit. Die Strecke, die von diesem Passierpunkt zum Passieren der neutralen Zone überwunden werden muss, beträgt mehr als drei Kilometer. Indem sie sich weigerte, eine Busverbindung zu organisieren und normale Bedingungen des Übergangs zu gewährleisten, besonders unter den näher kommenden Winterbedingungen, zeigte die ukrainische Seite Gleichgültigkeit gegenüber den Bürgern, deren Mehrzahl kranke Menschen fortgeschrittenen Alters sind.

Kiew verdrehte auch die Lösung der Frage der Fahrt eines humanitären Konvois des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz über den KPP, dessen Fahrt nach Lugansk für den 17. November vorgesehen war. Es ist offensichtlich, dass Deutschland und Frankreich gerade für eine solche „Verbesserung der Situation an den Übergängen und Erleichterung der Lage der Menschen“ lobt.

Vor diesem Hintergrund sieht ihr Aufruf zu einer sofortigen und unbehinderten Öffnung aller Übergänge an der Kontaktlinie ungeachtet der epidemiologischen Situation schändlich aus. Dieser Aufruf ist, warum auch immer, an Russland gerichtet, dass mit dieser Frage genauso viel zu tun hat wie Deutschland und Frankreich. Wir geben diesen Aufruf an Berlin und Paris zurück.

Das Fehlen einer kritischen Reaktion auf systematische Versuche ukrainischer offizieller Persönlichkeiten, die Minsker Vereinbarungen zu desavouieren, ruft nach wie vor Verwunderung hervor. Höhepunkt war der Kiewer Entwurf eines sogenannten Plans gemeinsamer Schritte zu deren Umsetzung, der Geist und Buchstaben des Minsker „Maßnahmekomplexes“ des Jahres 2015 völlig durchkreuzt.

In diesem ukrainischen Dokument zeichnet sich im Zusammenhang mit den kürzlichen Gesetzesentwürfen über eine Internierung von Bürgern Russlands und von Strafen für die Leugnung einer russischen „Aggression“ immer offensichtlicher der Inhalt der Pläne „B“ und „C“ ab, die mehrfach vom Präsidenten W. Selenskij angekündigt worden waren. Eine sogenannte „vollständige Demilitarisierung, Entwicklung, Demobilisierung der Kombattanten“, eine „Rückkehr“ von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in den Donbass, eine „Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle des russisch-ukrainischen Grenze“ mit einer anschließenden „Filtration“ der Bevölkerung und einer „Internierung Unzuverlässiger“ und erst dann die Durchführung von Wahlen ohne vorherige Festlegung politischer Bedingungen für eine Regelung des Konflikts. Das ist die kurze Beschreibung der Ziele der Ukraine, die in den Entwurf des Plans unter der Überschrift „Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“ eingefügt wurden.

Der Umstand, dass Berlin und Paris alle diese Fakten nicht feststellen, kann nicht anders bewertet werden, als dass sie die Linie Kiews zur Untergrabung der Grundlagen der Regelung des Konflikts, die im „Maßnahmekomplex“ festgelegt und vom UN-Sicherheitsrat gebilligt wurden, billigen.

Unsere Partner im „Normandie-Format“ sollten von doppelten Standards und dem Austausch von Begriffen Abstand nehmen und auf den Weg einer unvoreingenommenen Unterstützung bei der Erreichung von Frieden im Südosten der Ukraine übergehen. Wenn Frankreich und Deutschland andere Ziele verfolgen, müssen sie das direkt und ehrlich erklären.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Putin: Sputnik-V-Impfstoff kann in China und Indien hergestellt werden**

Russlands Coronavirus-Impfstoff Sputnik V kann laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auch in China und Indien hergestellt werden. Putin zufolge ist Russland bereit, bei der Herstellung und dem Einsatz mit den BRICS-Partnern zusammenzuarbeiten.

In einer Videoschalte beim 12. Gipfel der Brics-Wirtschaftsnationen hat Putin Brasilien, Indien, China und Südafrika zu mehr Anstrengungen in der Corona-Pandemie für ein gemeinsames Impfforschungszentrum aufgerufen. Es sei wichtig, die Gründung des bereits geplanten Zentrums nun zu beschleunigen.

„Der russische Fonds für Direktinvestitionen hat Vereinbarungen mit indischen und brasilianischen Partnern unterzeichnet, um klinische Studien mit dem Impfstoff Sputnik V durchzuführen, sowie mit Pharmaunternehmen in China und Indien, um Zentren für die Herstellung unseres Impfstoffs in diesen Ländern zu eröffnen. Das gilt nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern auch für Drittländer“, sagte Putin.

Russland hat bereits zwei Impfstoffe gegen das Coronavirus für eine Anwendung in der breiten Bevölkerung freigegeben - gegen internationale Bedenken. Putin hingegen bezeichnete die Impfstoffe erneut als „effektiv und ungefährlich“.

„Es gibt russische Impfstoffe, sie sind wirksam, effizient und ungefährlich. Die Frage ist, die

Massenproduktion zu starten. Das ist kein Problem, aber das ist jene Frage, mit der wir konfrontiert sind. Und natürlich ist es hier sehr wichtig, bei der Massenproduktion für den breiten zivilen Einsatz zusammenzuarbeiten“, unterstrich Putin.

Er merkte auch an, dass der dritte russische Coronavirus-Impfstoff bereits auf dem Weg sei. „Bei seiner Herstellung und seinem Einsatz sind wir bereit, mit den Brics-Partnern zusammenzuarbeiten“, betonte Putin.

Der 12. Brics-Gipfel war das erste Treffen, zu dem die Staats- und Regierungschefs per Video zusammenkamen. Putin war Gastgeber des virtuellen Gipfels. Zugeschaltet waren außerdem Chinas Staatschef Xi Jinping, der indische Premierminister Narendra Modi sowie die Präsidenten Brasiliens und Südafrikas, Jair Bolsonaro und Cyril Ramaphosa. Die Brics-Staaten repräsentieren mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung und fast ein Viertel der globalen Wirtschaftsleistung.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/11/328406878_0:251:3061:1907_1000x080_0_1_3cc25e37befc37cb529eaf5fa665b32b.jpg

deutsch.rt.com: **Russland: Frau von verhaftetem Bürgermeister wirft in Kissen versteckte Bankverbindungen aus Fenster**

Die Frau des unter Korruptionsverdacht stehenden Bürgermeisters der sibirischen Stadt Tomsk hat ihrem Fahrer in einem Kissen versteckte Bankverbindungen durch ein Fenster zugeworfen. Der Versuch, das Vermögen zu retten, scheiterte. Das Kissen wurde beschlagnahmt.

Der Bürgermeister der russischen Stadt Tomsk Iwan Klein wurde am 13. November während eines morgendlichen Treffens an seinem Arbeitsplatz festgenommen. Ermittlern zufolge soll Klein seine Machtbefugnisse im Interesse der Brauerei Tomskoje Piwo, die ihm selbst und seiner Familie gehört, missbraucht haben. Klein soll Informationen über das Grundstück, auf dem sich das Unternehmen befindet, manipuliert und dadurch den Bau von Wohnhäusern unmöglich gemacht haben, so die Ermittler.

Kurz nach der Festnahme kamen die Ermittler für eine Durchsuchung zur Wohnung des Bürgermeisters. Während die Ermittler an der Tür klingelten, soll die Frau des Bürgermeisters dessen Fahrer ein Kissen zugeworfen haben, in dem Dokumente mit Bankkontodaten versteckt waren, berichteten russische Medien. Der Fahrer nahm das Kissen an sich und brachte es zu seinem Auto, das neben dem Hauseingang geparkt war.

Das Kissen wurde jedoch ebenfalls beschlagnahmt. Nach vorläufigen Angaben fanden die Ermittler im Kissen die Daten über Konten bei russischen und schweizerischen Banken, die der Familie Klein gehören sollen. Insgesamt sollen auf den Konten rund 1,3 Milliarden Rubel (etwa 14,3 Millionen Euro) befinden.

Dem festgenommenen Bürgermeister drohen bis zu sieben Jahre Haft. Klein wies die Vorwürfe zurück und bezeichnete seine Festnahme als Irrtum.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.11/article/5fb3ae2a48fbef5903203fb0.jpg>

lug-info.com: „Als Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppen kann ich mitteilen, dass eine humanitäre Lieferung einer internationalen Mission, die entsprechend der Vereinbarungen heute hätte den Passierpunkt „Stschatje – Lugansk“ passieren sollte, sie konnte nicht passieren, diese humanitäre Lieferung fährt jetzt über Donezk, weil die Ukraine keine Zeit gefunden hat, die Verpflichtungen, die wir im März vereinbart haben, umzusetzen und den humanitären Konvoi auf unser Territorium passieren zu lassen“, teilte Olga Kobzewa mit und ergänzte, dass dieser Sachverhalt „die Verlogenheit der Worte von Herrn Selenskij bestätigt, dass die Passierpunkte geöffnet sind“.

de.sputniknews.com: **Washington und Paris fordern von Russland Klärung der Rolle Ankaras im Bergkarabach-Abkommen**

Das Außenministerium der USA und Frankreichs haben Russland aufgefordert, die Rolle der Türkei im Abkommen zu der umkämpften Kaukasus-Region Bergkarabach zu klären. Das sagte ein hochrangiger Sprecher des US-Ministeriums nach den Verhandlungen zwischen den Außenministern beider Länder, Mike Pompeo und Jean-Yves Le Drian.

Dem Sprecher zufolge bleiben die USA und Frankreich ihrer Rolle als Co-Vorsitzende der Minsker OSZE-Gruppe verpflichtet.

„Wir erkennen die Maßnahmen Russlands an, die zu einem Waffenstillstand geführt haben, der tatsächlich eine Woche andauerte“, sagte der Sprecher.

„Wir erkennen aber auch an, dass die Russen viele Fragen klären müssen, beispielsweise die Parameter des Abkommens, einschließlich der Rolle der Türkei“, hieß es. Dies sei die gemeinsame Haltung beider Länder.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat inzwischen geäußert, die Co-Vorsitzenden der Minsker Gruppe würden zweifelsohne alle Erklärungen erhalten, wenn sie diese bräuchten. „Vor allem, wo unsere diplomatischen Behörden derzeit zu Fragen zu Bergkarabach regelmäßig in Kontakt sind.“

Die Türkei erklärte vor kurzem, sie nehme an der Friedensmission in Bergkarabach teil. Doch wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow zuvor mitgeteilt hatte, stehe in der Vereinbarung zwischen Russland, Aserbaidschan und Armenien zum Ende der Kampfhandlungen kein einziges Wort über die Präsenz türkischer Friedenstruppen in der Region.

Vorige Woche riefen Moskau und Ankara ein gemeinsames Zentrum zur Überwachung der zuvor vereinbarten Waffenruhe in Bergkarabach ins Leben. Das Zentrum wird sich auf dem Territorium des aserbaidischen Kernlandes befinden. Militärs beider Länder werden Informationen über die Lage an der Trennlinie erfassen und auswerten sowie beliebige

Beschwerden oder Probleme prüfen, die mit Verstößen gegen die erzielten Vereinbarungen zusammenhängen. ...



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/11/328406029_0:385:3072:2047_1000x080_0_1_27907f87f38eb941ac0f274ec87faf63.jpg.webp

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 17. November 2020**

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite **einmal den Komplex der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt**. In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 23. Bataillons der 56. Brigade der BFU in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen **technische Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung der Positionen** im Gebiet von Peski vorgenommen.

Dieser Sachverhalt wurde operativ den Vertreter der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Beschuldigungen der Einheiten der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Ukrainische Kämpfer verminen weiter in Verletzung von Normen des Völkerrechts im Rahmen der geltenden Konventionen über ein Verbot des Einsatzes von Antipersonenminen **das von den BFU kontrollierte Territorium** in der Nähe der Kontaktlinie. Die Fälle, dass ukrainische Soldaten auf eigene Minen geraten, haben zugenommen. Die größte Zahl solcher Vorfälle wurde im 137. Bataillon der 35. Brigade festgestellt, deren Kommandeur Major Rymarenko ist.

In den letzten 24 Stunden wurde festgestellt, dass ein Fahrzeug vom Typ KAMAS-4320 von Kämpfern des 137. Bataillons der 35. Brigade im Gebiet von Trawnewoje auf eine Mine geriet. Infolge der Detonation starb der Matrose Ljamzew, der Feldwebel Maljarenko, der Matrosen Melnitschenko und der Obermatrose Maximenko wurden verletzt.

Dabei bestätigen Beobachter der OSZE-Mission im Bericht vom 16.11.2020 die Existenz von neun von ukrainischen Pionieren installierten Antipanzermine, bei denen die Detonation erfolgte, quer über die Straße zwischen Trawnewoje und Dolomitnoje.

Wie wir sehen, sind die Fälle, dass ukrainische Soldaten auf eigene Sprengvorrichtungen geraten, zum System geworden. Aber wichtiger ist, unter den Handlungen der ukrainischen Kämpfer leiden auch örtliche Einwohner. Zuvor hatten wir mitgeteilt, dass ein Einwohner von Trawnewoje im Verantwortungsbereich des 137. Bataillons der 35. Brigade auf eine Antipersonenmine PMN-2 geriet.

Ich versichere, dass kein einziger Fall von Aggression seitens der Ukraine gegenüber der Zivilbevölkerung des Donbass außer Acht gelassen wird. Die Kriegsverbrecher der Ukraine werden ihre Strafe entsprechend den internationalen Gesetzen erhalten.

Die Generalstaatsanwaltschaft der DVR sammelt weiter eine Beweisbasis, um die militärisch-politische Führung der Ukraine der Verletzung des Waffenstillstands und der Beschüsse zu

beschuldigen.

Zu einem Fall, in dem Mitarbeiter der OSZE-Mission im Gebiet von Alexandrowka den Heckstabilisator eines Raketengeschosses entdeckt haben, führen unsere Spezialisten derzeit eine Analyse der Umstände des Beschusses von Seiten der BFU durch. Die gesammelten Materialien werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie dem Strafverfahren zum Paragraphen 220 des Strafgesetzbuchs der Ukraine „terroristischer Akt“ gegen den Kommandeur der 79. Luftsturmbrigade der BFU Luzenko und die ihm unterstellten Soldaten hinzuzufügen.

Im Zusammenhang mit der geringen Ausstattung der Einheiten der 72. Brigade, die in die OOS-Zone verlegt werden soll, wurde eine Gruppe von Offizieren in die 54. Brigade entsandt, um die Soldaten zu agitieren, den Dienst in den im Rahmen der Rotation eintreffenden Einheiten der 72. Brigade fortzusetzen.

In ihren Ausführungen lenken die Offiziere die Aufmerksamkeit der Soldaten der 54. Brigade auf den weiteren Aufenthalt des Verbandes unter ungünstigen Lebensumständen auf dem Tschugujewskij-Truppenübungsplatz, da der Kasernen- und Wohnraum am ständigen Stationierungspunkt der 54. Brigade in Bachmut nicht bereit ist.

Gleichzeitig betreibt der Kommandeur des 46. Bataillons „Donbass“ Wlassenko in Zusammenarbeit mit Nationalisten aus dem „Rechten Sektor“ aktiv den Abtransport von Waffen und Munition aus der OOS-Zone.

Nach Angaben unserer Quellen in der Abteilung des SBU für die Oblast Donezk wurden 45 AK-74-Maschinengewehre, drei Kisten mit Patronen und 20 Granaten für Kämpfer des „Rechten Sektors“ mit einem leichten Fahrzeug „Ford Maverik“ vom Lager in Konstantinowka in die Tiefe des Landes transportiert. Es ist wichtig anzumerken, dass der Abtransport der Schmuggelware mit der inoffiziellen Erlaubnis von an dieser Sache interessierten Mitarbeiter des SBU möglich wurde.

Der Kommandeur der 54. Brigade Majstrenko seinerseits befahl, eine Kontrolle der Buchführung von Waffen und Munition des 24. Bataillons „Donbass“ durchzuführen. Bei der Kontrolle wurde festgestellt, dass die gleiche Anzahl von Waffen und Munition vom Leiter des Raketenartilleriewaffenlagers des Bataillons Fähnrich Montschanow abgeschrieben worden waren. Es läuft eine dienstliche Ermittlung. Es ist bekannt, dass Motschanow eigenmächtig den Stationierungsort des Bataillons verlassen hat und bis jetzt über seinen Aufenthaltsort nichts bekannt ist.

Es gehen weiter **Informationen über nicht kampfbedingte Verluste** der BFU in der OOS-Zone ein.

Im Ergebnis der Verletzungen von Sicherheitsbestimmungen bei der Nutzung eines Haushaltsgasgeräts in einem Unterstand des 18. Bataillons der 35. Brigade in Nowgorodskoje gab es eine Detonation. Drei Soldaten der BFU erlitten Verbrennungen. Im Zusammenhang damit hat das Kommando der 35. Brigade den Bataillonskommandeuren die Anweisung erteilt, die Nutzung von Gasflaschen zur Heizung zu verbieten.

de.sputniknews.com: **Minsk verspricht „spürbare“ Reaktion auf eventuelle Sanktions-Erweiterung seitens EU**

Aufgrund einer möglichen Sanktions-Erweiterung seitens der EU bereitet Weißrussland laut seinem Außenminister Wladimir Makej Gegenmaßnahmen vor. Die Reaktion wird ihm zufolge „angemessen“ und „spürbar“ für die europäischen Partner sein.

„Weißrussland bereitet Gegenmaßnahmen zur eventuellen Sanktions-Erweiterung seitens der EU vor... Sollte diese Initiative von unseren europäischen Partnern umgesetzt werden, gehen wir darauf unbedingt ein“, teilte Makej am Dienstag nach einem Gespräch mit dem Staatschef Alexander Lukaschenko mit. Weißrussland werde auf die mögliche Erweiterung von Sanktionen „angemessen“ reagieren und für die europäischen Partner „spürbare“ Gegenmaßnahmen treffen.

„Ich wiederhole: Nicht wir haben dies initiiert. Unserer Ansicht nach haben wir nur versucht, angemessen auf die Herausforderungen zu reagieren, mit denen Weißrussland konfrontiert wurde und vor denen das Land immer noch steht“, so Makej.

Am vergangenen Montag gab die weißrussische Ex-Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja bekannt, dass die Europäische Union in Kürze die Liste der Einzelsanktionen gegen weißrussische Beamte auf mehr als 200 Personen erweitern werde. Ihre Quellen hat Tichanowskaja jedoch nicht offenbart.

Am 6. November hatte die EU Sanktionen gegen den weißrussischen Staatschef Alexander Lukaschenko verhängt. Die Organisation macht den Präsidenten für das brutale Vorgehen und die Unterdrückung vor und nach den Präsidentschaftswahlen im Land verantwortlich. Lukaschenko nimmt die Maßnahmen der EU nach eigener Aussage gelassen.

Außerdem sind insgesamt 55 Regierungsvertreter mit Sanktionen belegt worden, die angeblich an Wahlbetrug und Einsatz von Gewalt gegen die Protestteilnehmer nach den Präsidentschaftswahlen in Weißrussland beteiligt waren. Die Strafmaßnahmen sehen für die betroffenen Personen Einreiseverbote und Vermögenssperren auf EU-Territorium vor.

Am 13. November hat die EU ihre Bereitschaft bekundet, weitere Sanktionen gegen Minsk aufgrund des Todes eines Protestteilnehmers, Roman Bondarenko, zu verhängen. ...



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/14/327758493_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_ef3e135d198c953f8bbd3ca8c191f379.jpg

Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR A.N. Masejkin

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Eine Analyse der bei uns eingehenden Informationen von unseren Quellen im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ zeugt von einer **Zunahme der Zahl von Rechtsverletzungen und Verbrechen** durch ukrainische Kämpfer gegen die Zivilbevölkerung.

In der 30. Brigade ist am 16. November auf den Positionen eines Panzergrenadierbataillons im Gebiet von Popasnaja der Bataillonskommandeur Petrenko eingetroffen, um eine Ermittlung zur Heranziehung von Zivilisten zur zusätzlichen Ausrüstung eines Zugstützpunkts sowie zum Verschwinden einer Staatsflagge der Ukraine durchzuführen. Bei der Ermittlung wurde festgestellt, dass die Flagge von Zivilisten von den Positionen entfernt wurde, die so ihre Unzufriedenheit mit dem Zwang zu technischen Arbeiten ausdrücken wollten.

Außerdem haben Kämpfer der 80. Brigade zur Ausrüstung eines zusätzlichen Checkpoints im Gebiet von Stschastje einen örtlichen Einwohner mit einem Traktor herangezogen, dem der für den rückwärtigen Dienst zuständige stellvertretende Kommandeur der 80. Brigade für die

Ausführung der Arbeit Dieseltreibstoff im doppelten Umfang versprochen hatte. Aber bisher wurde der Treibstoff mit Hinweis auf die Arbeit einer Kommission zur Überführung von Waffen und Technik in den Winterzustand nicht übergeben....

deu.belta.by: **Belarus fährt Teilnahme an der Östlichen Partnerschaft auf Expertenebene herunter**

Aufgrund eines politisch motivierten Verhaltens der Östlichen Partnerländer gegenüber Belarus will das Außenministerium die Teilnahme des Landes an dieser EU-Initiative auf die Expertenebene herunterfahren. Das sagte Außenminister Wladimir Makej heute vor Journalisten im Anschluss an das Arbeitstreffen mit Präsident Alexander Lukaschenko, auf dem die außenpolitischen Fragen besprochen wurden.

Der Leiter des Außenministeriums stellte mit Bedauern fest, dass einige EU-Staaten neue Sanktionen gegen Belarus beschlossen haben. „Wir können solche Schritte natürlich nicht unbeantwortet lassen. Unsererseits haben wir die Sanktionsliste um hochrangige EU-Funktionäre erweitert. Wir haben vorgeschlagen, die Arbeit der Koordinationsgruppe Belarus-EU vorübergehend einzustellen.“

Als Antwort darauf, eine Reihe laufender infrastruktureller und interregionaler Projekte der Östlichen Partnerschaft in den politischen Kontext zu stellen, haben wir in der Besprechung einstimmig beschlossen, unsere Teilnahme auf technische Ebene und auf Expertenebene herunterzufahren. Das bedeutet, dass an einschlägigen Veranstaltungen der EU-Initiative Belarus nicht durch hochrangige Politiker oder Minister, sondern durch Experten repräsentiert wird. Zu Gipfeltreffen, bei denen die Situation in Belarus im Mittelpunkt der Beratungen stehen wird, soll der Ständige Vertreter der Republik Belarus in der EU reisen.

„Belarus ist immer bestrebt, alles dafür zu tun, dass die Beziehungen zur Europäischen Union immer weniger von der Sanktionsrhetorik geprägt werden. Leider lassen uns unsere Partner mit ihrer Politik gegenüber Belarus keine andere Wahl, als auf derart negative Schritte angemessen zu reagieren. Ich sag es nochmal: Nicht wir sind die Initiatoren. Wir haben versucht, auf jene Herausforderungen angemessen zu reagieren, mit denen sich Belarus heute konfrontiert sieht“, so Makej.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1605618025_53960_big.jpg

Dan-news.info: **Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin kritisierte die Arbeit einer Reihe von Strukturen wegen der Verzögerungen bei der Organisation der Zahlungen an Soldaten, Mitglieder der Volksmiliz und Mitglieder ihrer Familien.**

„Ich habe die Leiter der Volksmiliz, des Innenministeriums, des Staatssicherheitsministeriums, des Zivilschutzministeriums angehört, die eine rechtzeitige

Behandlung der Anträge von Bürgern und die Ausgabe von Dokumenten gewährleisten sollten. Die meisten ungelösten Probleme gibt es bei der Volksmiliz – nicht einmal die Bescheinigungen sind gedruckt. Ich habe angewiesen, bis zum Ende der Woche dies zu erledigen“, erklärte Puschilin im Ergebnis einer heute stattgefundenen Sitzung mit Vertretern der zuständigen Behörden.

Er fügte hinzu, dass von der Organisation der Arbeit zur Ausgabe von Dokumenten, die den Status von Teilnehmern der Kampfhandlungen und Mitglieder von Familien bei der Verteidigung des Republik Gefallener bestätigen, abhängt, wie schnell Einwohner entsprechenden sozialen Schutz erhalten. „Der Mechanismus der Zuerkennung des Status eines Teilnehmers an Kampfhandlungen muss zu einem Automatismus gemacht werden und die Erhöhung des sozialen Schutzes von Soldaten muss zur Priorität für jedes Ministerium, jede Behörde und jeden Dienst der DVR werden. Die Menschen, dank derer die Republik existiert, müssen die Fürsorge des Staates verspüren“, unterstrich Puschilin.

Nach seinen Worten stellten die Arbeits- und Sozialministerin der Republik Larissa Tolstykina bei der Besprechung Vorschläge für eine etappenweise Umsetzung der sozialen Programme vor. In der ersten Etappe sind Ermäßigungen bei kommunalen Dienstleistungen vorgesehen, in der zweiten kostenlose Fahrten im öffentlichen Nahverkehr, in der dritten die Möglichkeit, die genannten Personen mit Medikamenten zu versorgen.

„Außerdem wurde die Frage der Renten für Soldaten behandelt. Mittel für Rentenzahlungen für diese Personenkategorie sind im Budget in vollem Umfang bis Ende 2020 vorgesehen, die Frage ist nur die operative Zurverfügungstellung und die Vollständigkeit der Pakete von Dokumenten durch die Volksmiliz“, sagte Puschilin.

Bei der Leitung der Volksmiliz der DVR wurde im Gespräch mit DAN versichert, dass alle genannten Probleme fristgerecht gelöst werden.

de.sputniknews.com: **Russischer Corona-Impfstoff „EpiVacCorona“ nun in Phase-III-Studie**

Der russische Corona-Impfstoff „EpiVacCorona“, der vom Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie „Vektor“ entwickelt worden ist, befindet sich derzeit in der dritten Phase der Nachregistrierungstests. Das erklärte am Dienstag die Chefin der russischen Behörde für Verbraucherschutz (Rospotrebnadzor), Anna Popowa.

„Der Impfstoff ‚EpiVacCorona‘ auf der Basis von Peptidantigenen wurde am 13. Oktober (registriert) und ist derzeit in der dritten Phase der Nachregistrierungstests“, sagte Popowa während des Online-Symposiums „Neue Forschungsangaben über die Coronavirus-Infektion Covid-10“.

Darüber hinaus teilte der Direktor des „Vektor“-Zentrums, Rinat Maksjutow, mit, dass das Zentrum plane, im Dezember 2020 den Impfstoff an Kindern zu testen: Nämlich „an Kindern im Alter von 14 bis 17 Jahren mit 100 Freiwilligen“.

Unter anderem erhielt das Zentrum eine Genehmigung für Testungen des Impfstoffs an Menschen ab 60 Jahren. Dafür soll es laut Maksjutow 150 Freiwillige geben.

Für alle Russen kostenlos

Mit dem Präparat können sich russische Staatsbürger laut seinen Worten kostenlos impfen lassen:

„Der ganze Impfstoff, der im staatlichen Forschungszentrum ‚Vektor‘ produziert wird, wird für die Bürger Russlands kostenfrei sein; ein kommerzieller Verkauf dieses Impfstoffs kommt nicht in Frage.“

Später präzisierte Rospotrebnadzor, dass die Einführung des Impfstoffes in den zivilrechtlichen Verkehr parallel zur Durchführung von Nachregistrierungstests geplant ist.

Zweiter russischer Corona-Impfstoff

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hatte Mitte Oktober die Registrierung eines weiteren inländischen Impfstoffs gegen das Coronavirus verkündet, der vom staatlichen

Forschungszentrum „Vektor“ der Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadzor entwickelt wurde. Das Serum von „Vektor“ ist bereits der zweite russische Corona-Impfstoff, der erfolgreich an Menschen erprobt und nun registriert wurde.

„Sputnik V“

Das russische Gesundheitsministerium hatte im August den weltweit ersten Impfstoff zur Vorbeugung der Covid-19-Erkrankung registriert, der vom Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie in Moskau gemeinsam mit dem Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) entwickelt worden war. Der Impfstoff besteht aus zwei Komponenten, die in dreiwöchigem Abstand verabreicht werden.

Die klinischen Tests des Serums gegen Sars-CoV-2 hatten am 7. September in Moskau begonnen. Zwei Tage danach wurden die ersten Probanden geimpft. Insgesamt nahmen 40.000 Freiwillige an der Erprobung teil. 10.000 von ihnen sollen ein Placebo erhalten haben.

Dan-news.info: Der republikanische Dienst für Arzneimittel des Gesundheitsministeriums der DVR informiert zum Stand am 17.11.2020 über die Lieferbarkeit von folgenden Medikamenten im Einzelhandelsnetz der Apotheken: gerinnungshemmende Mittel, antivirale und antibakterielle Medikamente. Es folgt eine Auflistung von Apotheken und Medikamenten.

de.sputniknews.com: Flogen auf die Krim: Ukraine „beschlagnahmt“ 44 russische Flugzeuge

Die ukrainische Staatsanwaltschaft der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol hat 44 russische Flugzeuge wegen Flügen auf die Halbinsel Krim mit Arrest belegt. Das geht aus dem Telegram-Channel der Justizbehörde hervor, welche der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft untergeordnet ist.

Demnach wurden „Strafverfahren wegen Verstoßes gegen internationale Flugvorschriften durch Angehörige ausländischer Flugunternehmen“ eingeleitet – wie auch wegen Verstoßes gegen Einreisevorschriften für das Territorium der Halbinsel Krim. Die ukrainische Gesetzgebung sieht in dem Fall eine Freiheitsstrafe von 15 Jahren vor.

Anfang September hatte das Gericht bereits 65 russische Flugzeuge unter Arrest gestellt. Kiew schloss 2014 den Luftraum über der Krim und begründete dies mit Schwierigkeiten bei der Gewährleistung der Sicherheit für den Luftverkehr. Die Ukraine unterhält offiziell keine Flughäfen auf der Halbinsel.

Laut dem russischen Politologen Sergej Micheew hat kein einziges Urteil der Ukraine bezüglich der Krim Rechtskraft. Auch in diesem Fall könnte der Rechtspruch nur innerhalb der Ukraine gelten. „Außerhalb des Landes gilt das Urteil nur, wenn es von einem internationalen Gericht bestätigt wurde.“ So ein Beschluss liege allerdings nicht vor, womit keine Gefahr für die besagten Flugzeuge bestehe.

„Akt der Ohnmacht“

Das Oberhaupt der Republik Krim, Sergej Aksjonow, bezeichnete das Urteil als eine „weitere kleine Boshaftigkeit“ und als einen „Akt der Ohnmacht“.

„Das wird keine Auswirkungen auf die Flüge unserer Fluggesellschaften auf die Halbinsel haben. Ich möchte daran erinnern, dass die Ukraine schon zuvor russische Flugzeuge ‚beschlagnahmt‘ hatte, aber diese fliegen nach wie vor“, kommentierte er und fügte hinzu: „Das wird auch immer der Fall sein, ungeachtet der ‚Beschwörungsformeln‘ der ukrainischen ‚Schamane‘ im Richtergewand.“

Die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew hatten sich wegen der Situation in der Ukraine verschlechtert, wo es Anfang 2014 zu einem Staatsstreich gekommen war. Im selben Jahr fand im Rahmen eines Referendums der Beitritt der Krim zu Russland statt. Die Halbinsel hatte bis dahin zur Ukraine gehört. Kiew weigert sich seither den Beitritt anzuerkennen.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/11/328407243_0:222:3072:1884_1000x080_0_1_1d352fee44a78382b6c0173a131e4117.jpg

deu.belta.by: **Außenministerium: Belarus kann lukrative Projekte und Initiativen mit EU revidieren**

Belarus ist bereit, viele Projekte und Initiativen zu revidieren, von denen die Europäische Union eindeutig profitieren kann. Das geht aus einer Pressemitteilung des belarussischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten hervor.

„Die EU hat weder legales noch moralisches Recht darauf, einen unverhohlenen Druck auf einen unabhängigen Staat auszuüben. Die einseitige und aggressive Einengung der Spielräume für den Dialog mit dem Nachbarn Belarus ist ein historischer Fehler der europäischen Bürokratie“, hieß es.

„Auf jeden neuen destruktiven Schritt folgt eine Antwort seitens von Belarus. Viele für die Europäische Union eindeutig lukrative Projekte und Initiativen, an denen Belarus aus freiem Willen und nicht aus Verpflichtung heraus teilnimmt, werden einer Revision unterzogen.

„Wir rufen die Europäische Union auf, ihre Informationsquellen zu stimmen, die überraschenderweise den Beginn eines zivilgesellschaftlichen Dialogs über die Transformation und die Verfassungsreform außer Acht gelassen haben. Möge die EU nicht sauer sein und sich darüber keine grauen Haare wachsen lassen, dass ihre ‚Pläne zum Zusammenbruch eines Staates‘ in Belarus nicht aufgegangen sind“, hieß es aus dem Ministerium.

Nur ein verantwortungsvoller, ausgewogener Ansatz und ein Kurs weg von der Konfrontation mit Belarus könnten positive Aussichten haben, heißt es in der Erklärung. Nur unter solchen Bedingungen wird Belarus bereit sein, den Dialog auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Respekts fortzusetzen“, fügte das Außenministerium hinzu.

abends:

deu.belta.by: **Dialogplattformen in Minsk werden fortgesetzt**

Die Praxis, die für die Zukunft des Landes wichtigen und aktuellen Fragen auf Minsker Dialogplattformen zu diskutieren, wird fortgesetzt. Das sagte Gouverneur der Hauptstadt Wladimir Kucharew heute vor Journalisten.

Nach dem 9. Oktober wurden landesweit mehrere Dialogplattformen eingerichtet. In Minsk wurden sie in 5 Sektionen gegliedert und versammelten rund 300 Experten, engagierte Stadtbürger, Vertreter aus Zivilgesellschaft und Bildung. Im hauptstädtischen Kulturpalast

findet heute eine gesamtstädtische Dialogplattform statt, wo die ersten Zwischenergebnisse zusammengefasst werden.

Alle Vorschläge, die in den vergangenen Diskussionen erarbeitet wurden, werden nun ausgewertet und zusammengefasst, bemerkte Kucharew. „Diese Arbeit wird fortgesetzt. Öffentliche Vereine, Arbeitskollektive und aktive Stadtbürger wollen am Dialog teilhaben. Sie haben viele Ideen und Anregungen zur Verfassungsreform, Stadtentwicklung, Reformen im sozialen Bereich und so weiter“, fügte er hinzu.

Die Minsker Stadtregierung lobt einen derart hohen Grad an Partizipation in der Gesellschaft und verspricht, auf jeden Vorschlag einzugehen, der sich auf ein besseres Leben der Stadt bezieht.

Bei den Vorschlägen zur Verfassungsänderung müsse man vorsichtig sein. Kucharew meint: „Die Verfassung ist das Grundgesetz des Staates. Sie enthält die grundlegenden Entwicklungsstrategien. Sie betreffen jede einzelne Person“, resümierte der Bürgermeister von Minsk.

de.sputniknews.com: **Putin offenbart neue Details zu Bergkarabach: Baku wollte eigenes Territorium zurückholen**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag in einem Interview ausführlich über den Bergkarabach-Konflikt gesprochen. Er betonte unter anderem, dass es Aserbaidschan darum gegangen sei, sein eigenes Territorium unter seine Kontrolle zu bringen, und dass man der Türkei keinen Völkerrechtsbruch vorwerfen könne.

Niemand, nicht einmal Armenien, erkenne die Unabhängigkeit von Bergkarabach an, sagte Putin in einem Gespräch mit dem Sender „Rossiya 24“.

„Was bedeutet das aus Sicht des Völkerrechts? Dass Aserbaidschan Gebiete zurückholen wollte, die Aserbaidschan – ja wie auch die ganze Weltgemeinschaft – als aserbaidischisches Territorium betrachtet.“

Aserbaidschan sei ein souveränes Land und es stehe ihm daher auch frei, sich nach eigenem Ermessen jeden beliebigen Verbündeten auszusuchen. „Wer kann ihm das verbieten?“, fragte der russische Präsident. Gemeint wurde damit offenbar die Türkei.

Türkei hat Völkerrecht nicht gebrochen

Ankara könne man in diesem Konflikt keinen Bruch des Völkerrechts vorwerfen. „Übrigens war die Türkei von Anfang an Mitglied der Minsk-Gruppe der OSZE für die Beilegung des Bergkarabach-Konflikts.“ Das Land habe dabei zwar keinen Ko-Vorsitzenden-Status gehabt – die Ko-Vorsitzenden waren Frankreich, Russland, und die USA – sie habe dieser Gruppe aber angehört, betonte der russische Staatschef.

„Man kann das Vorgehen der Türkei unterschiedlich bewerten, einen Völkerrechtsbruch kann man der Türkei aber nur schwer vorwerfen.“ Die Meinungen können sich je nach Empfinden unterscheiden, doch die Situation sehe genau so aus.

Die Türkei habe außerdem nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie in diesem Konflikt auf Aserbaidschans Seite stehe.

Der Bergkarabach-Konflikt sei eine der geopolitischen Folgen des Zerfalls der Sowjetunion, betonte Putin weiter.

Lage in Bergkarabach

Nach fast sieben Wochen andauernden Kämpfen um Bergkarabach hatten Armenien und Aserbaidschan am 10. November unter Vermittlung Russlands einen Waffenstillstand vereinbart. Die Vereinbarung sieht die Stationierung russischer Friedenstruppen sowie einen Gefangenen- und Gefallenaustausch vor. Außerdem sollen beide Seiten ihre aktuellen Stellungen einfrieren.

Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew nannte die Vereinbarung eine Kapitulation Armeniens. Der armenische Regierungschef, Nikol Paschinjan, sprach von einer schwierigen Entscheidung, betonte aber, dass er keine andere Wahl gehabt und die Vereinbarung

unterzeichnen gemusst habe. In Armenien gab es anschließend Proteste gegen Paschinjan, die Opposition forderte seinen Rücktritt.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums befinden sich derzeit 1960 russische Friedenssoldaten, 90 Schützenpanzer und rund 380 Militärfahrzeuge in Bergkarabach.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0b/11/328408091_0:58:3120:1746_1000x0_80_0_1_8a6acbd2b859e797fc9a130b65b6b677.jpg

de.sputniknews.com: **Darum konnten Kämpfe in Bergkarabach nicht früher gestoppt werden**

Das von Russland geführte Militärbündnis „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ (OVKS) konnte sich laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in den Bergkarabach-Konflikt nicht einmischen, da dieses Gebiet völkerrechtlich Teil Aserbaidschans ist. Putin zufolge hat jedoch niemand nach dem Territorium Armeniens getrachtet.

„Armenien hat die Unabhängigkeit und Souveränität von Bergkarabach nicht anerkannt. Dies bedeutete aus völkerrechtlicher Sicht, dass sowohl Bergkarabach als auch alle angrenzenden Gebiete ein integrierter Bestandteil des Territoriums der Republik Aserbaidschan waren und als solche bleiben. Die OVKS – der Vertrag über kollektive Sicherheit – sieht gegenseitige Unterstützung im Falle einer Aggression gegen das Territorium eines Vertragsstaats vor. Niemand hat nach dem Territorium der Armenischen Republik getrachtet“, sagte Putin in einem Interview des russischen Fernsehsenders Rossiya 24.

„Wir waren nicht berechtigt, direkt an diesen Kampfhandlungen teilzunehmen“, fügte der Präsident hinzu.

Putin gab bekannt, dass er im Oktober während eines Telefongesprächs den aserbaidschanischen Präsidenten Ilham Alijew davon überzeugt habe, die Kämpfe in Bergkarabach einzustellen – unter der Bedingung, dass Flüchtlinge nach Shuscha zurückkehren würden. Armenien verkündete damals überraschenderweise, dies sei inakzeptabel, und ging dagegen an.

„Paschinjan sagte mir direkt, dass er dies als Bedrohung für die Interessen Armeniens und Karabachs ansieht“, so Putin.

Die Vereinbarung zur Stabilisierung der Situation in Berg-Karabach wurde laut Putin an einem Tag abgefasst. Die beiden Seiten hätten praktisch um „jedes Komma“ gekämpft.

„Es gab auf beiden Seiten einen Kampf um jeden Satz, um jeden Punkt, könnte man sagen, um jedes Komma“, so Putin. ...